

10.46

Abgeordneter Mag. Gerald Loacker (NEOS): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Es ist immer schwierig, nach Dr. Rasinger irgendwie die Kurve zu kriegen. (*Abg. Belakowitsch-Jenewein: Einfach einen Schwank aus dem Leben!*)

Zu diesem „Jahrzehntegesetz“: Ich möchte den Bürgerinnen und Bürgern einmal schildern, wie so ein „Jahrzehntegesetz“, wie es Dr. Rasinger genannt hat, zustande kommt: Über Monate und – man kann eigentlich sagen – Jahre verhandeln die Regierungsparteien mit allen möglichen Interessengruppen über dieses Gesetz, und dann schaffen sie es nicht, das auf die Tagesordnung des Gesundheitsausschusses zu bekommen. Doch genau 17 Minuten, bevor der Gesundheitsausschuss beginnt, klingelt das Telefon und der SPÖ-Klub ruft an: Ja, wir würden jetzt doch noch gerne das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz auf die Tagesordnung setzen. (*Abg. Belakowitsch-Jenewein: Für uns waren es 20 Minuten! Wir waren früher da!*) Das ist ja keine Kleinigkeit. Die Grünen waren dann so nett und haben es der Regierungsmehrheit ermöglicht, dass mit einer Zweidrittelmehrheit doch noch in die Tagesordnung aufzunehmen. (*Abg. Belakowitsch-Jenewein: War eh klar!*) Wenn es aber ein Jahrzehntegesetz ist, dann hätte das auch noch bis in den Herbst hinein warten können. Aber hudri-wudri, husch-pfusch, ratzfatz musste das jetzt noch schnell auf die Tagesordnung drauf.

Man hat richtigerweise die Pflegeberufe, die Ausbildung und die Abstimmung der verschiedenen Berufe aufeinander modernisiert. Man hat unseres Erachtens nicht alle Chancen genützt, die das Gesetz geboten hätte, weil die Abgrenzung zwischen Pflegeberufen und Ärzten immer noch einiges offenlässt, zum Beispiel die Weiterverordnung von Hilfs- und Heilmitteln, von Gehhilfen und Verbänden. Da liegt noch ganz viel Verantwortung beim Arzt, obwohl die Pflege das sehr gut könnte, das Fachwissen dazu hat, auch nahe am Patienten ist und den Bedarf gut abschätzen kann. Das schafft wiederum ein weiteres Problem, weil die Ärzte weniger Zeit dafür haben, sich um ihre Kernkompetenz zu kümmern, und weil sie sich um diesen Teil, den man der Pflege nicht zugesteht, jetzt auch kümmern müssen. Daher wird dann wieder eine Verknappung der Arbeitszeit bei den Ärzten auftreten.

Man hat also die Chance vergeben, auch die Verantwortung für die Pflege zu erweitern, dort auch Karriereperspektiven, Weiterentwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, die einen Beruf attraktiver machen. Wenn wir heute erleben, dass wir nicht genug Pflegekräfte haben, dann hängt das auch immer mit den Weiterentwicklungsmöglichkeiten in diesem Berufsfeld zusammen.

Ich möchte auch zum Tagesordnungspunkt 3, bei dem es um die Frage der Krankenfürsorgeanstalten auf Länderebene geht, einige Worte verlieren. Viel diskutiert wurde hier im Haus die Frage der Sozialversicherungsträger. Es ist inzwischen in Österreich notorisch und bis ins kleinste Dorf vorgedrungen: Es gibt eine Ungerechtigkeit, weil es so viele verschiedene Kassen, so viel verschiedene Versicherungssysteme gibt, die von Wohnort und Beruf abhängig sind.

Was immer ein bisschen unter dem Radar der Wahrnehmung durchrauscht, sind die Krankenfürsorgeanstalten für die Landesbediensteten in den verschiedenen Ländern, und auch davon gibt es 16 verschiedene. Und das ist deswegen bemerkenswert, weil diese eigenen Kassen ja nicht einmal im Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfasst sind. Die unterliegen also auch nicht der Aufsicht der Frau Bundesministerin. Die haben sich aus dem solidarischen System völlig ausgeklinkt, und sie sind ein Teil dieser Logik, die in Österreich vorherrscht, nämlich dass man die schwierigen Fälle, nämlich die Arbeitslosen, die Armen und die Schwerkranken, die Menschen mit gesundheitsgefährdenden Berufen den Krankenkassen zuschubst. Dort dürfen die Versicherten die schweren Risiken mitfinanzieren; und die Gruppe der öffentlich Bediensteten verabschiedet sich in ein eigenes System und kann dort natürlich mit ähnlichen Beiträgen viel bessere Leistungen finanzieren, weil sie die Lasten für die ganzen Arbeitslosen und Mindestsicherungsbezieher eben nicht tragen müssen. Diese Lasten überlässt man den GKK-Versicherten, und die Privilegierten stellen sich aus der Verantwortung.

Dass da die Beamtenpartei ÖVP zuschaut, bitte, das kann ich noch nachvollziehen, aber einem Sozialdemokraten muss das Herz bluten, wenn seine Arbeiterinnen und Arbeiter das finanzieren müssen, während die Beamten sich die Zuckerl gönnen.

In Wirklichkeit geht es darum, dass man da auch Posten und Pöstchen für Freundinnen und Freunde schafft, dass eine privilegierte Gruppe sich gegenseitig die attraktiven Positionen zuschanzt und dass man sich selbst und den Vorfeldorganisationen noch Vorteile zukommen lässt. Hier wehren sich die Mehrheitsparteien einzig und allein im eigenen Interesse gegen Strukturreformen, um die Privilegien der eigenen Gruppen entgegen den Interessen weiter Teile der Bevölkerung zu schützen. *(Beifall bei den NEOS.)*

10.51

Präsidentin Doris Bures: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Königsberger-Ludwig. – Bitte.